

Forum Nachhaltigkeit 13. Juni 2019 im Bundeskanzleramt

- Kurzdarstellungen teilnehmender Institutionen/Organisationen -

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband – AWO

Die Arbeiterwohlfahrt gehört zu den sechs Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege. Der AWO Bundesverband vertritt die fachpolitischen Interessen des Gesamtverbandes auf der bundespolitischen und der europäischen Ebene. AWO International fördert als Fachverband der AWO weltweit Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe. Die AWO bekennt sich zu nachhaltigem Handeln im In- und Ausland sowie zu den Pariser Klimaschutzziele und setzt sich für nachhaltige Sozialpolitik ein. Die Abschaffung von Armut und Ungleichheit, Stärkung von Teilhabe und Inklusion, von frühkindlicher Bildung und einer zugänglichen Gesundheitsversorgung sind Kernanliegen seit Gründung unserer Organisation vor 100 Jahren. Als Trägerin von rund 14.000 Einrichtungen und Diensten sowie Arbeitgeberin von rund 210.000 hauptamtlichen Mitarbeitern tragen wir aber auch selber eine Verantwortung für das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele. Mit den dabei entstehenden Herausforderungen setzen wir uns auf verschiedenen Ebenen auseinander, so z.B. im Rahmen des Projekts „klimafreundlich pflegen“. Um mit anderen Verbänden die Bedeutung der Agenda 2030 in unserem Sektor zu untersuchen, richten wir gemeinsam mit der Diakonie Deutschland am 26. und 27. September 2019 das zweite „Netzwerktreffen Nachhaltigkeitsziele in der Wohlfahrtspflege“ aus.

AGDW – Die Waldeigentümer

Als Interessenvertretung der zwei Millionen privaten und kommunalen Waldeigentümer in Deutschland hat für die AGDW – Die Waldeigentümer natürlich vor allem das Nachhaltigkeitsziel 15 der Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen einen hohen Stellenwert. So unterstreicht insbesondere das Unterziel 15.2 die Bedeutung u.a. der nachhaltigen Bewirtschaftung aller Waldtypen für eine nachhaltige Entwicklung. Dies greift die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auf und verlangt, dass unser Planet durch „die nachhaltige Bewirtschaftung seiner Ressourcen und umgehende Maßnahmen gegen den Klimawandel“ geschützt werden. Wir sehen es als äußerst wichtig an, dass die Leistungen der nachhaltigen Waldbewirtschaftung für den Walderhalt, den Klimaschutz und das Angebot von Ökosystemleistungen honoriert werden und auch die unverzichtbare Beschäftigungsfunktion des Wirtschaftsklusters im ländlichen Raum gefördert wird, um so zur nachhaltigen Entwicklung weiter beitragen zu können.

Bischöfliches Hilfswerk Misereor e. V.

Die SDGs und die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sind Bestandteile der inhaltlichen Ausrichtung des bischöflichen Hilfswerks MISEREOR und beeinflussen unser gemeinsames Handeln mit über 1.700 Projektpartnern in annähernd 100 Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Gemeinsam mit unseren Partnern im Süden wie in Europa engagieren wir uns für eine weltweit gerechtere und zukunftsfähigere Gestaltung der Globalisierung und für die soziale, wirtschaftliche und politische Teilhabe marginalisierter Gruppen, insbesondere in fragilen Staaten. Übergreifendes Ziel ist für uns dabei eine umfassende soziale und ökologische Transformation, die die planetarischen Grenzen respektiert und dennoch ein Leben

in Würde und Gesundheit ermöglicht. Unsere Partner arbeiten zunehmend in vernetzten, digitalisierten Strukturen und setzen sich gemeinsam weltweit für Verteilungsgerechtigkeit, die Einhaltung der Menschenrechte, den Schutz von Minderheiten und besonders benachteiligten und ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen sowie für ein ökologisch verträgliches Wirtschaften ein. Als Vertreter von Religionen und zivilgesellschaftlichen Gruppen aktivieren unsere Partner ein großes Potential bei der Umsetzung der Agenda 2030 und bei der Gestaltung von Entwicklungs- und Friedensprozessen.

Brot für die Welt

Brot für die Welt ist das Hilfswerk der evangelischen Landes- und Freikirchen und gehört zu den größten nicht-staatlichen Entwicklungsorganisationen Europas. Für BfdW ist die Agenda 2030 eine zukunftsweisende Erklärung mit ambitionierten Zielen für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung. Wir müssen aber auch erkennen, dass die Umsetzung der SDGs bisher nur schleppend verläuft. Wir haben den Verhandlungsprozess zur Ausarbeitung der Agenda 2030 konstruktiv-kritisch begleitet und auch mit konkreten Vorschlägen aktiv zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) beigetragen. Brot für die Welt setzt sich für eine ambitionierte, kohärente und vollständige Umsetzung der Agenda 2030 ein - in, mit und durch Deutschland. Die SDGs sollten zur Richtschnur des gesamten Regierungshandelns werden, so wie es auch in dem Impulspapier der Evangelischen Kirche in Deutschland „Geliehen ist der Stern, auf dem wir leben – Die Agenda 2030 als Herausforderung für die Kirchen“ (EKD-Text 130) zum Ausdruck kommt. Dabei sind alle SDGs und Unterziele zu berücksichtigen. Außerdem sollte es in der DNS zu allen SDGs auch internationale Indikatoren geben. Brot für die Welt trägt gemeinsam mit seinen mehr als 1000 Partnerorganisationen in 77 Ländern zur Erreichung der SDGs bei.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. – BUND

Der BUND engagiert sich seit vielen Jahren für eine nachhaltige Entwicklung, u.a. mit den Studien „Zukunftsfähiges Deutschland“ (1996, 2008). Von Beginn an setzen wir uns für eine wirkungsvolle Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie ein, für verbindliche Zwischenschritte und wirksame Maßnahmen. Den Grenzen des Wirtschaftswachstums, die mit Klimakrise und dramatischem Verlust der Artenvielfalt immer deutlicher werden, muss die Strategie weitaus stärker Rechnung tragen als bisher.

Die SDGs haben hohe Relevanz für den BUND: Sie richten sich explizit an die Industrieländer und verbinden ökologische und soziale Ziele miteinander. Höchste Priorität hat es, die ökologischen Lebensgrundlagen weltweit zu bewahren – als Basis für soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Dies wird nur mit einer konsequenten Suffizienz Politik gelingen, mit einer substanziellen Minderung unseres Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauchs. Der BUND setzt sich von der europäischen bis zur lokalen Ebene dafür ein.

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft – BÖLW

Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft vertritt die ökologisch wirtschaftenden Landwirte, Lebensmittelhersteller und -händler in Deutschland. Der Spitzenverband engagiert sich für einen Umbau der Ernährungswirtschaft hin zu nachhaltigen Produktions- und Ernährungssystemen mit der Begleitung legislativer Prozesse, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, der Beteiligung an Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und durch Netzwerk-Arbeit mit verschiedensten Stakeholdern der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung würdigt Bio als „Gold Standard der Nachhaltigkeit“. In der Nachhaltigkeitsstrategie werden mindestens 20 % Ökologischer Landbau gefordert – für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Laut Koalitionsvertrag soll das Ziel bis 2030 erreicht werden. Mit der Zukunftsstrategie Ökologischer Landbau will die Bundesregierung das Ziel erreichen. Mit Bio werden bereits zahlreiche Nachhaltigkeitsziele umgesetzt, vor allem die SDG „Kein Hunger“ (2), „Sauberes Wasser“ (6), „gute Arbeitsplätze und Wachstum“ (8), „Verantwortungsvollen Konsum“ (12), Klimaschutz (13), und „Leben an Land“ (15). Mit Bio-Lebensmitteln und -Getränken werden jährlich von 40.000 Bio-Betrieben 10 Mrd. Euro umgesetzt. Die BÖLW-Mitglieder sind: Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller, Bioland, Biokreis, Biopark, Bundesverband Naturkost Naturwaren, Demeter, Ecoland, ECOVIN, Gää, Interessengemeinschaft Biomärkte, Naturland, Arbeitsgemeinschaft der Ökologisch engagierten Lebensmittelhändler und Drogisten, Reformhaus®eG und Verbund Ökohöfe.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. -BAGSO

Für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO e.V.) gewinnt das Thema Nachhaltigkeit zunehmend an Bedeutung. Die BAGSO ist die Interessenvertretung der Älteren in Deutschland und vertritt über 119 Mitgliedsverbände viele Millionen älterer Menschen. Als Dachverband engagiert sich die BAGSO im Rahmen der Agenda 2030 zum einen im Bereich der Sensibilisierung älterer Menschen. In diesem Zusammenhang hat die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Geschäftsstelle Internationale Altenpolitik im Januar 2019 eine Fachtagung mit dem Titel „Eine enkeltaugliche Zukunft gestalten: Ältere Generationen und die globale Agenda 2030“ organisiert und dadurch u.a. eine Plattform für den intergenerationellen Dialog geboten. Außerdem sensibilisiert die BAGSO andere Stakeholder im Rahmen von Veranstaltungen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele. Dies vor allem dahingehend, dass die Herausforderungen, die im Zuge der Bevölkerungsalterung entstehen, bei der Umsetzung in Betracht gezogen werden müssen und dass ältere Menschen eine wichtige Vorbildrolle im Bereich des nachhaltigen Handelns haben, u.a. auch durch ihr hohes freiwilliges Engagement. Zum anderen ist die BAGSO aktiv über Projekte und Vorhaben und über die Arbeit der Mitgliedsverbände auf nationaler und internationaler Ebene und trägt somit zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele bei.

B.A.U.M. e.V.

Schon seit Gründung des B.A.U.M. e.V. als Netzwerk von Unternehmen für Unternehmen im Jahr 1984 spielt das Thema gesellschaftliche Verantwortung in seinen Aktivitäten eine zentrale Rolle. Nachhaltiges Wirtschaften wird zunehmend zu einem wichtigen Wettbewerbs- und Erfolgsfaktor für Unternehmen. Bei der Entwicklung und Umsetzung eigener Nachhaltigkeitsstrategien berücksichtigen diese dabei auch Inhalte und Anregungen z.B. der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, des Deutschen Nachhaltigkeitskodex, SDG´s etc. Im B.A.U.M.-Kodex heißt es u.a.: Wir richten unser unternehmerisches Handeln an den Grundprinzipien einer nachhaltigen, d.h. ökonomisch sowie ökologisch und sozial verträglichen Wirtschaftsweise aus. Unternehmen sind integraler Bestandteil eines globalen, gesellschaftlichen und ökologischen Systems. Als solche tragen wir Verantwortung für die Zukunft unseres Planeten, seiner Gesellschaften und der Natur.

Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - BDEW

Die Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft begrüßen, dass die Bundesregierung mit der Nachhaltigkeitsstrategie das Leitprinzip der Nachhaltigkeit mit den drei Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Soziales zur Leitlinie der deutschen Politik gemacht hat. Insbesondere begrüßt der BDEW, dass erstmals ein umfassendes Wasserziel auf globaler Ebene verabschiedet worden ist. Der BDEW unterstützt außerdem ausdrücklich die Aussage der Bundesregierung, dass Verbesserungsbedarf bei der Gewässer- bzw. Wasserqualität besteht und hier noch erhebliche Anstrengungen erforderlich sind. Insbesondere die Themen wie Überdüngung und Belastung der Gewässer durch Stoffspuren und Arzneimittel zählen zu den Parametern, an denen Nachhaltigkeit im Gewässerschutz zu messen ist. Hier bedarf es ein Umdenken in der Nutzung der Ressourcen, eine Vermeidungsstrategie und eine Agrarwende in Richtung gewässer- und umweltverträgliche Landwirtschaft.

Im Rahmen der beschleunigten Energiewende versteht sich der BDEW als verlässlicher Partner der Politik, der bei der Umsetzung der Sustainable Development Goals und der Nachhaltigkeitsstrategie Systemverantwortung übernimmt.

Der BDEW unterstützt die Klimaschutzziele der Bundesregierung für 2020, 2030 und 2050 und die Ziele der Energiewende, z.B. den erhöhten Anteil von Erneuerbaren Energien von 65% in 2030. Die Energiewirtschaft hat den mit Abstand größten Anteil an den zwischen 1990 und 2020 erreichten Emissionsminderungen. Dies bestätigt auch der gerade verabschiedete Klimaschutzbericht 2017 der Bundesregierung. Die Energiewirtschaft wird auch die Klimaziele 2030 erreichen können. Um die Klimaziele auch in anderen Bereichen zu erreichen, wird die Sektorkopplung von Strom-, Wärme-, Mobilitäts- und Industriesektoren und deren Infrastrukturen eine immer wichtigere Rolle zur Dekarbonisierung und Flexibilisierung der Systeme spielen. Im Strombereich gibt es mit dem ETS ein zentrales – und zunehmend wirksameres – Instrument der CO₂-Bepreisung. Um bei der zunehmenden Sektorkopplung ein Level-Playing-Field zwischen den Energieträgern herzustellen, brauchen wir auch eine CO₂-Bepreisung im Nicht-ETS Bereich.

Die Luftschadstoffemissionen der Energiewirtschaft werden in den kommenden Jahren im Zuge des Ausbaus erneuerbarer Energien, von Effizienzsteigerungen und der Maßnahmen zur Treibhausgasminde­rung als „Co-Benefit“ weiter stark sinken. Darüber hinaus wird die Fortschreibung des Standes der Technik durch Umsetzung der EU-Richtlinie über mittelgroße Feuerungsanlagen sowie der BVT-Schlussfolgerungen für Großfeuerungsanlagen und Abfallverbrennung zu einer starken zusätzlichen Emissionsminde­rung und damit einer erheblichen Verbesserung der Luftqualität beitragen.

Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen – BGA

Die im BGA organisierten Sektoren des Großhandels, des Außenhandels und der unternehmensnahen Dienstleistungen bekennen sich zum Leitbild des nachhaltigen und verantwortungsvollen Unternehmertums. Insbesondere die soziale und ökologische Ausgestaltung der Lieferketten steht dabei im Mittelpunkt, der sich die Unternehmen unserer Branche freiwillig verpflichtet sehen.

Als zentraler Akteur in den globalen Lieferketten von Industrie, Handwerk, Gastronomie und Einzelhandel sind sich die im BGA vereinten Sektoren ihrer weltweiten Verantwortung bewusst und handeln entsprechend. Denn nur nachhaltiges unternehmerisches Handeln garantiert nachhaltig erfolgreiches Unternehmertum. Der BGA als Dachverband von 67 Mitgliedsverbänden unterstützt seine Mitglieder durch zahlreiche Initiativen, insbesondere durch nachhaltige und nachfrageorientierte Importförderung von ausgewählten Produkte aus Entwicklungsländern – unter Einhaltung hoher Qualitäts-, Sozial- und Umweltstandards. Darüber hinaus engagieren wir uns aber auch im Bereich des Capacity Buildings in Entwicklungsländern und unterstützen die Unternehmen in Deutschland bei dem effizienten Ressourceneinsatz.

Deutsche Forschungsgemeinschaft – DFG

Als zentrale, öffentlich finanzierte Förderinstitution von erkenntnisorientierter Forschung trägt die DFG zum Thema Nachhaltigkeit bei, indem nachhaltigkeitsrelevante Forschung in Form von Einzel- und Verbundprojekten gefördert wird. Als besonders international sichtbare Beispiele hierfür sind das Deutsche Zentrum für Integrierte Biodiversitätsforschung, die Schwerpunktprogramme 1689 zu Potentialen und Risiken von Climate Engineering und 1889 zu Regional Sea Level Change and Society (SeaLevel) zu nennen. Zudem ist die DFG aktiv am Belmont Forum beteiligt – einem internationalen Zusammenschluss von Forschungsförderorganisationen, die gemeinsam Projekte im Bereich von Nachhaltigkeit, Global Change und Transformation fördern. Die DFG ist ebenso im forschungsstrategischen Kontext engagiert: In Bezug auf Nachhaltigkeit unterstützt die DFG das Deutsche Komitee für Nachhaltigkeitsforschung in Future Earth (DKN), welches die Schnittstelle zwischen der deutschen Nachhaltigkeits-Community und der internationalen Forschungsplattform Future Earth bildet und zum Capacity Building beiträgt. Schließlich wirkt die DFG – programmatisch und finanziell – auch punktuell durch die gezielte Beteiligung an Veranstaltungen, etwa an der COP 23 und COP 24 an der Gestaltung von Science Policy Interfaces mit.

Deutsche UNESCO-Kommission e.V. – DUK

Die DUK ist Deutschlands Mittlerorganisation für multilaterale Politik in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, in ihrer Gesamtheit, ist der übergeordnete Referenzrahmen für ihre Aktivitäten, mit Fokus auf SDG 4. Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung setzt die DUK zentrale Aktionsformen des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Deutschland um. Unter anderem zeichnet die DUK gemeinsam mit dem BMBF Lernorte, Netzwerke und Kommunen aus, die BNE besonders gelungen strukturell verankern. Weitere SDG-Schwerpunkte der DUK sind: Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung; Nachhaltigkeit als kultureller Prozess; UNESCO-Lehrstühle und UNESCO-Projektschulen als SDG-Multiplikatoren; UNESCO-Biosphärenreservate und UNESCO-Geoparks als Lernorte und Modellregionen der Agenda 2030 für eine integrativ nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklung unter Einbindung der Bevölkerung.

Deutscher Bauernverband – DBV

Der Deutsche Bauernverband ist die unabhängige Interessenvertretung der Bauernfamilien in Deutschland. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie hat für die Landwirtschaft und den DBV große Bedeutung. Landwirte wirtschaften generationenübergreifend in und mit der Natur sowie mit natürlichen Ressourcen.

Wichtigster Beitrag der deutschen Landwirtschaft zur Erreichung der SDG ist die Ernährungssicherung (SDG 2). In der Land- und Forstwirtschaft erzeugte Rohstoffe sowie erneuerbare Energien leisten einen wesentlichen Beitrag zu SDG 7 (Energie), insbesondere mit Blick auf die Dekarbonisierung und Bioökonomie. In vielen ländlichen Räumen der Welt sind Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Landwirtschaft der wichtigste Schlüssel zur Lösung von Problemen rund um Urbanisierung, Landflucht und unzureichender ländlicher Entwicklung. Familiengetragene Landwirtschaft ist daher indirekt, aber eng mit der Erfüllung der SDG 1, 8, 9 und 11 verknüpft. Landwirtschaft als maßgeblich betroffener Sektor hat darüber hinaus ein fundamentales Interesse am Klimaschutz (SDG 13). Schutz vor Bodendegradation (SDG 15) wird durch gute landwirtschaftliche Praxis sichergestellt. Aktivitäten des DBV mit Bezug zu den SDG sind ferner eine Klimastrategie, eine Ackerbaustrategie sowie einige QM-Systeme mit Bezug zur Nachhaltigkeit.

Deutscher Bundesjugendring – BDJR

Der Deutsche Bundesjugendring ist die Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände und Landesjugendringe. Er vertritt Interessen von rund sechs Millionen jungen Menschen.

Jugend als zukünftige Generation kommt mit ihrem Blick und Potenzial weder in der Nachhaltigkeitsstrategie noch in der 2030 Agenda ausreichend vor. Zum Beispiel sind die Umsetzung der Kinderrechte als Indikator für eine nachhaltige Entwicklung nicht im Blick. Konkrete Arbeitsfelder der Jugendverbände mit Verbindung zur 2030-Agenda sind:

- Kinder- und Jugendarmut (SDG 1)
- Faire Entwicklungspolitik (SDG 2)
- gerechte Bildungschancen im formalen und non-formalen Bereich (SDG 4)
- Geschlechtergerechtigkeit und Gender-Vielfalt (SDG 5)
- Klima- und Naturschutz (SDG 7, SDG 13, SDG 14, SDG 15)
- Jugendgerechte Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen (SDG 8)
- Jugendgerechte Mobilität (SDG 11)
- Kritischer Konsum (SDG 12)
- Demokratie stärken und Rassismus bekämpfen (SDG 16)

Außerdem arbeiten wir international mit Jugendorganisationen zusammen (SDG 17) und befassen uns mit Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung - auch für eine nachhaltige Entwicklung.

Deutscher Caritasverband

Der Deutsche Caritasverband (DCV) macht sich als Verband der Freien Wohlfahrtspflege für eine gerechte und solidarische Gesellschaft stark. Damit beteiligt sich der DCV auf vielfältige Weise aktiv an der Erreichung der Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Folgende Aktivitäten lassen sich hier zum Beispiel nennen:

Der Deutsche Caritasverband setzt sich für die wirksame Bekämpfung von Armut und in diesem Kontext u.a. für einen Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende, Schutzberechtigte und Langzeitarbeitslose ein.

Caritas international, das weltweit tätige Hilfswerk des DCV, versteht Klimaschutz als soziale Aufgabe und hilft nicht nur, wenn die Katastrophe eingetreten ist, sondern betreibt auch Katastrophenvorsorge in vielen Ländern.

Der Stromspar-Check der Caritas ist ein kostenfreies Angebot für Bezieher sozialer Leistungen und niedriger Einkommen. Ausgebildete Stromsparhelferinnen, die selbst Langzeitarbeitslose sind, besuchen die Haushalte, tauschen Energiefresser aus und senken so merklich die Energiekosten.

Der DCV kompensiert seit 2019 den eigenen Kohlenstoffdioxid-Ausstoß durch Zahlungen an die Klima-Kollekte. Als neuer Gesellschafter dieses kirchlichen Kompensationsfonds wird er eigene Klimaschutz-Projekte in Entwicklungsländern einbringen und umsetzen.

Die Zentrale des Deutschen Caritasverbandes hat sich Anfang 2017 nach dem Umweltmanagementsystem EMAS (Eco-Management und Audit Scheme) validieren lassen.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag – DIHK

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK e. V.) ist die Dachorganisation der 79 Industrie- und Handelskammern und koordiniert das globale Netzwerk der rund 140 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft.

Die IHK-Organisation ist gesetzlich dem Leitbild des Ehrbaren Kaufmanns verpflichtet und fördert verantwortungsvolles Unternehmertum und nachhaltiges Wirtschaften. Unternehmen nehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung durch vielfältiges wirtschaftliches, soziales und ökologisches Engagement über gesetzliche Anforderungen hinaus wahr. Nachhaltigkeitsaspekte werden zunehmend in Geschäftsstrategien integriert und durch die Entwicklung von innovativen Produkten und Dienstleistungen leisten Unternehmen ebenfalls einen Beitrag zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele der VN. Viele Unternehmen tragen somit im In- und Ausland zu höheren sozialen Standards, mehr Umweltschutz, Ressourcen- und Energieeffizienz, Bildung, Integration und damit zu Wachstum, Wohlstand und nachhaltiger Entwicklung bei.

Die IHK-Organisation sieht es als ihre Aufgabe an, Unternehmen durch Informationen sowie Angebote zur Kapazitätsentwicklung und zum Aufbau von Know-how auf diesem Weg zu unterstützen sowie zur praxisorientierten Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie durch die Förderung von nachhaltigem Wachstum beizutragen. Der DIHK fördert die Vergabe des Deutschen Nachhaltigkeitspreises.

Deutscher Kulturrat

Der Deutsche Kulturrat e.V. ist der Spitzenverband der Bundeskulturverbände. Er repräsentiert die verschiedenen künstlerischen Sparten und die unterschiedlichen Bereiche des kulturellen Lebens. Im Deutschen Kulturrat haben sich Verbände und Organisationen der Künstler, der Kultureinrichtungen, der kulturellen Bildung, der Kulturvereine und der Kulturwirtschaft zusammengeschlossen. Gemeinsam treten die im Deutschen Kulturrat zusammengeschlossenen Organisationen für Kunst-, Meinungs- und Informationsfreiheit sowie den Schutz der Urheberinnen und Urheber ein. Sie machen sich für ein lebendiges kulturelles Leben, das die Vielfalt der Kulturen und kulturellen Ausdrucksformen widerspiegelt, für bestmögliche Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur und eine umfassende kulturelle Teilhabe stark. Der Deutsche Kulturrat bündelt die Positionen aus den Bundeskulturverbänden unter einem spartenübergreifenden Blickwinkel und stellt die Informationen der Politik, d.h. sowohl den Mitgliedern des Deutschen Bundestags, den Mitgliedern der Bundesregierung und den Bundesministerien zur Verfügung. (wenn die Darstellung zu lange ist, kann der vorherige Satz gestrichen werden) Die Idee der Nachhaltigen Entwicklung ist im Kern ein kulturelles Projekt. Die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele sind gleichzeitig Kompass und Motor einer kulturellen Veränderung, die auf ein gutes Leben aller Menschen auf unserem Planeten zielt.

Deutscher Naturschutzring – DNR

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) ist der Dachverband von 90 Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen, Natursportorganisationen, Erzeugerverbänden und Instituten, die insgesamt rund 11 Millionen Menschen erreichen. Ihnen gemeinsam ist das Ziel, Natur- und Lebensräume zu schützen, um die Schönheit der Landschaft und die Ressourcen unseres Planeten auch für unsere Nachkommen zu bewahren. Gegründet als konstruktiv-kritischer Partner zur staatlichen Instanz fungiert der Dachverband für seine Mitglieder als Koordinator, Vermittler und Vertreter im politischen Bereich. Durch ihre Mitgliedschaft im DNR werden die Organisationen in ihren Anliegen und Aufgaben unterstützt und bestärkt.

Auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene setzt sich der DNR für den Erhalt der biologischen Vielfalt, wertvoller Landschaften, Ressourcen- und Klimaschutz sowie für eine nachhaltige Entwicklung als Leitbild gegenüber dem bisher vorherrschenden ökonomischen Wachstumsmodell ein. Der DNR engagiert sich für eine natur- und umweltverträgliche sowie tiergerechte Landwirtschaft. Er unterstützt eine nach Natur- und Umweltbelangen ausgerichtete Agrar- und Energiepolitik und die Entwicklung nachhaltiger Lebensstile.

Deutsches Institut für Menschenrechte – DIMR

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) ist die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands im Sinne der Pariser Prinzipien der Vereinten Nationen. Zu den Aufgaben des Instituts gehören nach §1 DIMR Gesetz u.a. Politikberatung, Forschung und Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen. Es ist zudem mit dem Monitoring der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention betraut worden. Das Institut wird vom Bundestag finanziert. Das DIMR bringt sich durch Zusammenstellung von menschenrechtlichen Analysen der Regierungsverhandlungen, durch Kommentierung im Rahmen des HLPF und durch Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie ein (<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/nachhaltigkeit/nachhaltigkeitsziele/>).

Die 2030 Agenda verlangt eine völkerrechtskonforme Umsetzung der SDGs (Abs. 18). Der Inhalt und die Verfahren der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie müssen sich an den menschenrechtlichen Herausforderungen Deutschlands orientieren und menschenrechtliche Prinzipien wie Partizipation und Rechenschaftslegung (transparentes, partizipatives Monitoring) sowie Nichtdiskriminierung (desaggregierte Daten) berücksichtigen.

Deutsches Rotes Kreuz – DRK

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) ist die Nationale Gesellschaft des Roten Kreuzes auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und Teil der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung (§ 1 DRK-Gesetz).

Humanitäre Sofort- und Nothilfe im Krisen-, Konflikt- und Katastrophenfall, Maßnahmen der Rehabilitation sowie eine an den humanitären Prinzipien ausgerichtete langfristige Entwicklungszusammenarbeit prägen die internationale Zusammenarbeit des DRK.

- Das DRK ist insbesondere in folgenden Kernbereichen tätig:
- Wasser-, Sanitärversorgung und Hygiene
- Gesundheit
- Katastrophenvorsorge
- Schaffung von Unterkünften und sozialer Infrastruktur
- Ernährungssicherung und Sicherung der Lebensgrundlagen
- sowie Anpassung an den Klimawandel als Querschnittsthema.

Das DRK kooperiert hierbei immer eng mit der jeweiligen nationalen Rotkreuz- oder Rothalbmondgesellschaft. Insofern konzentriert sich das DRK nicht nur auf die gemeindeorientierte Stärkung von Resilienz, sondern auch auf die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen der Schwestergesellschaften.

Das DRK beteiligt sich damit unmittelbar bzw. mittelbar an der Umsetzung der SDG 1 bis 6, 8 bis 11 sowie 13, 16 und 17.

Diakonie Deutschland

Die Diakonie ist der soziale Dienst der evangelischen Kirchen. Sie setzt sich im Sinne gelebter Nächstenliebe praktisch und politisch für Menschen ein, die am Rande der Gesellschaft stehen, auf Hilfe angewiesen oder benachteiligt sind. Derzeit arbeiten in der Diakonie in Deutschland in ca. 32.000 Einrichtungen mehr als 500.000 Mitarbeitende und etwa 700.000 Ehrenamtliche. Ihre Angebote in Bereichen wie beispielsweise Kranken-, Alten- und Behindertenhilfe, Armutsbekämpfung, Kinder- und Jugendarbeit, Obdachlosenhilfe, Unterstützung für Migranten oder Integration in den Arbeitsmarkt werden jährlich von rund 10 Millionen Menschen angenommen. Entsprechend versteht die Diakonie ihre Arbeit als einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung insbesondere der Sustainable Development Goals „Armut beenden“, „Gesundes Leben für alle“, „Bildung für alle“, „Menschenwürdige Arbeit für alle“ und „Ungleichheit verringern“. Weitere Handlungsfelder, die künftig verstärkt im Blickfeld der Diakonie stehen sollen, sind Nachhaltiger Konsum und Bekämpfung des Klimawandels.

DKN Future Earth - Deutsches Komitee für Nachhaltigkeitsforschung

Als wissenschaftliches Beratergremium und nationale Plattform für Forschung im Kontext der internationalen Programme „Future Earth: research for global sustainability“ und dem Weltklimaforschungsprogramm WCRP begleitet das DKN den internationalen und nationalen Dialog zur globalen Nachhaltigkeitsforschung. Beide Programme als auch deren Träger, der „International Science Council (ISC)“, werden seitens Deutschland von der DFG unterstützt.

Auf nationaler Ebene unterstützt das DKN die fächerübergreifende, integrative Forschung und die Identifizierung gesellschaftsrelevanter Forschungsthemen im nationalen und internationalen Kontext. In diesem Zusammenhang fördert das DKN die Zusammenarbeit zwischen Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften, Geisteswissenschaften und Ingenieurwissenschaften, um Forschungsaktivitäten voranzubringen, die die Wege hin zu einer global nachhaltig agierenden Gesellschaft befördern, Probleme systematisch anzugehen und gesellschaftsrelevantes Wissen erzeugen.

Der Dialog mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, wie auch der Einbezug von Wissen aus diesen Bereichen ist ein wesentlicher Teil der Forschungsaktivitäten in Future Earth. Das DKN unterstützt die deutsche Community bei diesen Prozessen und fördert deren weitere Entwicklung.

econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft

econsense verbindet international tätige Unternehmen mit einem gemeinsamen Ziel: Sie wollen den Wandel zu einer nachhaltigeren Wirtschaft und Gesellschaft aktiv gestalten. Wir unterstützen unsere Mitglieder dabei, Nachhaltigkeit im Unternehmen, in der Strategie oder entlang der Lieferketten zu verankern. Dabei haben wir alle relevanten Themen im Blick: vom Umweltschutz bis zu Menschenrechten – immer mit Fokus auf den Business Case Nachhaltigkeit. Im Austausch mit Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft bündeln wir Ideen und entwickeln konkrete Lösungsvorschläge. Das macht econsense zu einem gefragten Vordenker, Ratgeber und Partner in Sachen Nachhaltigkeit.

Forum Umwelt und Entwicklung

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten deutscher Nichtregierungsorganisationen in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Das Forum Umwelt und Entwicklung unterhält Kontakte zu Organisationen aus Entwicklungsländern und stimmt sich mit internationalen Verbänden für gemeinsame Aktionen ab. Es begleitet auf UN-Ebene die nach Rio weiterlaufenden internationalen Arbeiten zu Umwelt und Entwicklung.

Germanwatch

Germanwatch hat als Entwicklungs- und Umweltorganisation seit seiner Gründung 1991 und mit der UNCED 1992 von Anfang an die umfassenden Nachhaltigkeitsaspekte in seiner Arbeit und seinen Ansätzen verfolgt.

Deutschland haben wir schon in den 90er Jahren als Entwicklungsland benannt, also weit vor dem SDG-Summit 2015, mit dem alle Länder dieser Welt mit den 17 SDG und den 169 Unterzielen auf die gleiche Stufe gestellt wurden.

Wir sehen die Notwendigkeit, überall die SDG-Kontexte aufzuzeigen und die Umsetzungen anzumahnen. In besonderer Weise sind wir zu Ziel 7 (Energie) und Ziel 13 (Klimaschutz) unterwegs. Dabei machen wir überall deutlich, dass das Pariser Klimaabkommen ein fester Bestandteil der SDG ist. Aber auch in unseren Themenbereichen Welternährung Landnutzung und Handel (Ziele 1 + 2 + 3+15) und in unserem Bereich Unternehmensverantwortung (Ziele 8 + 9 +12) sind die globalen Entwicklungsziele ein fester Bezugsrahmen.

Von Anbeginn haben wir auf nationaler Ebene die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie begleitet und die Fortschrittsberichte kommentiert.

Global Compact Deutschland – DGCN

Der United Nations Global Compact ist die weltweit größte und wichtigste Initiative für verantwortungsvolle Unternehmensführung. Auf der Grundlage 10 universeller Prinzipien und der Sustainable Development Goals verfolgt er die Vision einer inklusiven und nachhaltigen Weltwirtschaft zum Nutzen aller Menschen, Gemeinschaften und Märkte, heute und in Zukunft. Im Deutschen Global Compact Netzwerk (DGCN) versammeln sich aktuell mehr als 490 deutsche Unterzeichner des UN Global Compact: von DAX-Konzernen über Mittelständler bis hin zu kleinen Spezialisten und Organisationen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und dem öffentlichen Sektor.

Als in der UN verankerte Multi-Stakeholder-Initiative zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, hat der Global Compact vom Generalsekretär der Vereinten Nationen das Mandat erhalten, Unternehmen bei der Auslegung und Umsetzung der SDGs zu unterstützen. Der Global Compact setzt dieses Mandat im Rahmen eines Prinzipien-basierten Ansatzes um, der auf zwei Säulen gründet: Zunächst geht es darum, Unternehmen zu unterstützen verantwortungsvoll zu handeln und mögliche negative Folgen ihres Handels zu minimieren bzw. zu vermeiden. Dies fördert der UN Global Compact bereits seit seiner Gründung im Jahr 2000, indem er Unternehmen bei der Einhaltung der zehn Prinzipien in den Themenfeldern Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umwelt und Korruptionsprävention unterstützt, die sich allesamt in den SDGs wiederfinden. Darauf aufbauend unterstützt der Global Compact Unternehmen, ihren positiven Beitrag zur Umsetzung der SDG zu leisten und neue Geschäftsmöglichkeiten zu entwickeln.

Entsprechend bietet das DGCN eine breite Palette von Lern- und Dialogplattformen zu den 10 Prinzipien und SDGs, die sich an dem Bedarf von Einsteigern, Anwendern und Experten richten. Hierzu gehören Webinare, Workshops, Coachings sowie Konferenzen und Fachgespräche. Mit Blick auf den Klima- und SDG-Gipfel der Vereinten Nationen diesen Jahres, veranstaltet das DGCN zudem in Zusammenarbeit mit der macondo foundation ein „Global Goals Forum“ zum Thema „Agenda 2030 – der Countdown läuft“ am 10. Oktober in Berlin. Das Forum wird mit hochkarätigen nationalen und internationalen Teilnehmern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft eine Bilanz über die Fortschritte und den Handlungsbedarf in der Umsetzung der SDGs ziehen.

Greenpeace

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die in 55 Staaten durch nationale oder regionale Büros repräsentiert und weltweit tätig ist.

Im Erreichen der „Sustainable Development Goals“ (SDGs) sieht Greenpeace eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung einer grünen und friedlichen Welt.

Von Beginn an hat Greenpeace sich aktiv an der Entwicklung der SDGs beteiligt und hat in einigen Bereichen ihre ehrgeizigere Ausgestaltung eingefordert.

Greenpeace verfolgt viele der Sustainable Development Goals. Dies gilt vor allem für die Ziele: Nr. 7 „Erneuerbare Energien“, Nr. 12 „verantwortungsvoller Konsum“, Nr. 13 „Klimaschutz“, Nr. 14 „Meeresschutz“, Nr. 15 „Waldschutz“ und Nr. 16 „Frieden“. Zudem setzt Greenpeace sich auch für das Erreichen des SDG Nr. 4 „Bildung“ ein.

Greenpeace führt öffentlichkeitswirksame Kampagnen durch, um gesellschaftlichen und politischen Druck zu erzeugen, die zur Erreichung dieser Ziele notwendig sind. In den vergangenen Jahren führte Greenpeace vor allem Kampagnen für nachhaltige Mobilität, für eine ökologische Landwirtschaft sowie für den Ausstieg aus der Kohlekraft durch.

Handelsverband Deutschland – HDE

Der HDE vertritt als politische Spitzenorganisation Handelsunternehmen aller Branchen und Größen. Der Verband unterstützt, koordiniert und initiiert Aktivitäten des Handels für den nachhaltigen Konsum (SDG 12). Die Unterstützung seiner Mitglieder bei der sozialen und ökologischen Ausgestaltung ihrer Lieferketten (SDG 1, 8, 12) sowie bei der Steigerung der Energieeffizienz (SDG 7) und beim Klimaschutz (SDG 13) sind Prioritäten, mit denen der HDE zur Umsetzung der Agenda 2030 sowie der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beiträgt. Zentrale Aktionsfelder sind die Stärkung geschlossener Wertstoffkreisläufe, die Reduzierung des Kunststoffverbrauchs (SDG 12, 14), die nachhaltige Ausgestaltung textiler Lieferketten sowie die Förderung von Bio- und fair gehandelten Produkten (SDG 1, 2, 8, 10, 12). Der HDE unterstützt Aktivitäten seiner Mitglieder für die Verkehrswende in den Innenstädten (SDG 11). Aktuelle Projekte sind die Klimaschutzoffensive des Handels, die Initiative für weniger Lebensmittelabfälle und die freiwillige Initiative des Handels zur Reduzierung von Einweg-Kunststofftragetaschen. Der HDE ist Mitglied der AG Wirtschaft und Menschenrechte des Nationalen CSR-Forems der Bundesregierung und des Textilbündnisses (SDG 17). Mehr Infos: <https://www.einzelhandel.de/nachhaltighandeln>

Industriegewerkschaft Metall – IG Metall

Die IG Metall vertritt Beschäftigte der Branchen Eisen und Stahl, Holz und Kunststoff, Textile Dienste sowie Metall und Elektro mit der Automobil- und Zulieferindustrie, dem Maschinenbau, der IT- Industrie, dem Schiffsbau, der Medizintechnik und der Elektronik. Nahezu alle ihre Branchen befinden sich in einem Transformationsprozess, der durch Digitalisierung von Produktion und Konsum, Weltmarktdynamik und den Klimaschutz angetrieben wird. Die IG Metall orientiert sich in diesem Umbruch an Grundwerten, die sich auch in den SDG's wiederfinden. Insbesondere die Ziele 8, 9 und 10 gehören zum spezifischen Beitrag einer Industriegewerkschaft. Die IG Metall beschäftigt sich ob ihres Branchenprofils derzeit stark mit den Energie- und Mobilitätswenden unter Berücksichtigung von Beschäftigungseffekten und sozialen Auswirkungen. Sie trägt so zur gesellschaftlichen Akzeptanz und einem Gelingen dieser Wenden und zum Erreichen der SDG's 7, 11 und 12 bei. Die IG Metall setzt sich in internationaler Perspektive für sozial und ökologisch gut regulierten fairen Handel im Interesse der Beschäftigten ein, für faire Arbeitsverhältnisse und Einhaltung der Menschenrechte entlang der gesamten Wertschöpfungs- und Zulieferkette ein, und damit für die die SDG's 1, 3, 8 16 und 17.

Institute for Advanced Sustainability Studies – IASS

Wie kann unsere Gesellschaft in all ihren Facetten nachhaltiger werden? An Antworten auf diese Frage arbeiten Forschungsteams aus unterschiedlichen Disziplinen und Perspektiven am IASS. Die Abkürzung IASS stammt von der englischen Bezeichnung „Institute for Advanced Sustainability Studies“, was mit Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung übersetzt wurde. Dem Namen entsprechend ist der Forschungsansatz des Instituts transformativ, transdisziplinär und ko-kreativ. Dies bedeutet, ein gemeinsames Problemverständnis und mögliche Lösungsoptionen werden in Kooperation mit Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt. So unterstützen die IASS-Teams Entscheidungsprozesse auf der lokalen, nationalen und internationalen Ebene, indem sie mögliche Pfade zur Nachhaltigkeit aufzeigen und Transformationsprozesse aktiv mitgestalten.

Zentrale Forschungsthemen sind die globale Nachhaltigkeitspolitik und neue Governance-Ansätze, vor allem in Bezug auf demokratische Institutionen und Willensbildungsprozesse, innovative Lösungen für die Energieversorgung der Zukunft, die nachhaltige Nutzung wichtiger Ressourcen sowie die Herausforderungen für unser Erdsystem durch Klimawandel und Luftverschmutzung.

Kommissariat der deutschen Bischöfe

Das Kommissariat der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin - wird in politischen Fragen und Anliegen im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz auf Bundes- und EU-Ebene tätig. Die Agenda 2030 stellt aus Sicht des Katholischen Büros einen Meilenstein auf dem Weg dar, wirtschaftliches Wachstum, Menschenrechte, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung besser und global miteinander zu verschränken. Damit folgt die Agenda der seit Jahrzehnten von der Kirche vorgebrachten Forderung nach einer ganzheitlichen Entwicklung, die Papst Franziskus jüngst in seinem Lehrschreiben „Laudato Si’ – über die Sorge für das

gemeinsame Haus“ weiter entfaltet und vertieft hat. Diese Enzyklika setzt Maßstäbe, wie wir unsere Lebensweise ändern müssen, um zu einer gerechteren globalen Ordnung zu gelangen. Aus ihr ergeben sich Maßgaben und Anregungen der Umsetzung der SDGs in konkrete Politik, die es zu beachten gilt. Für den Bereich des SDG 13 hat die Deutsche Bischofskonferenz diese in „Zehn Thesen zum Klimaschutz“ formuliert, die im April 2019 veröffentlicht wurden. Auch innerkirchlich entfaltet *Laudato Si'* Wirkung: im September 2018 haben die deutschen Bischöfe konkrete Handlungsempfehlungen zu Ökologie und nachhaltiger Entwicklung für die deutschen (Erz-)Diözesen beschlossen.

Kulturpolitische Gesellschaft e.V.

Nachhaltigkeit als kulturpolitisches Ziel

Die KuPoGe trägt mit Publikationen und Veranstaltungen dazu bei, das Bewusstsein für Nachhaltigkeit zu stärken, Anreize zu liefern und Institutionen zu ermutigen, Ideen für ein Umsteuern zu generieren. Bereits im Grundsatzprogramm der Kulturpolitischen Gesellschaft aus dem Jahr 1998 wurde eine ökologisch verantwortliche Lebensweise thematisiert und gefordert, Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung zu Leitlinien kulturpolitischen Handelns zu machen. Dies führt das Grundsatzprogramm von 2012 mit der Forderung nach einer Transformation in Richtung nachhaltiger Lebens- und Wirtschaftsweise fort.

Weitere von der KuPoGe herausgegebene Publikationen wie der Band »Zukunftsformen. Kultur und Agenda 21« (2001) und »Kultur – Kunst – Nachhaltigkeit« (2002) oder das von der KuPoGe mit initiierte »Tutzinger Manifest für die Stärkung der kulturell-ästhetischen Dimension Nachhaltiger Entwicklung« (2001) stellen das Thema Nachhaltigkeit in den Fokus der gesellschaftlichen Debatte. 2019 hat die KuPoGe in den Kulturpolitischen Mitteilungen I/2019 den Schwerpunkt »Klimagerechte Kulturpolitik« gesetzt. Die erste Ausgabe des neuen Wettbewerbs, der ab 2021 Kulturkonzepte auszeichnet, soll unter dem Motto Nachhaltigkeit und klimagerechte Kulturpolitik stehen.

Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.

Der NABU engagiert sich seit 1899 für Mensch und Natur. Mit 720.000 Mitgliedern und Förderern ist er der mitgliederstärkste Umweltverband in Deutschland. Er hat rund 2.000 ehrenamtliche Gruppen und über 37.000 Aktive, die sich für den Naturschutz und die Erhaltung der Umwelt einsetzen. Mit seiner Arbeit, z.B. für den Erhalt der biologischen Vielfalt, den Schutz des Klimas, der natürlichen Ressourcen sowie der Meere, engagiert der NABU sich schon seit langem zu etlichen der 17 nachhaltigen Entwicklungsziele. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte sind die Bewahrung der biologischen Vielfalt an Land, in Gewässern und im Meer. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist schon seit längerem ein relevanter Bezugspunkt für die thematische Arbeit des NABU. Als wichtiges Umsetzungsinstrument der SDGs hat sie noch an Bedeutung gewonnen. Der NABU setzt sich dafür ein, dass die Strategie umgesetzt und ambitioniert weiterentwickelt wird, an Verbindlichkeit für alle Ressorts gewinnt und Zielkonflikte darin identifiziert und gelöst werden.

Netzwerk n e.V.

Das Netzwerk n e.V. verbindet zahlreiche Initiativen und Einzelpersonen, die sich aktiv und erfolgreich für mehr Nachhaltigkeit an Hochschulen engagieren und unterstützt auf diese Weise die Umsetzung der Agenda 2030 sowie der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Das Netzwerk fungiert einerseits als Vernetzungsplattform, um einen Wissens-, Erfahrungs- und Kompetenzaustausch zu ermöglichen. Andererseits nimmt es aktiv Einfluss auf die Wissenschafts- und Bildungspolitik, beispielsweise im Rahmen der Nationalen Plattform Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Durch das BMBF-geförderte Projekt „Zukunftsfähige Hochschulen – Denken. Handeln. Wandeln“ werden studentische Nachhaltigkeitsinitiativen aktiv dabei unterstützt, die sozial-ökologische Transformation an ihrer eigenen Hochschule voranzubringen – beispielsweise im Rahmen des Wandercoaching-Programms oder des Debattenformates perspektive n. Weitere Informationen zu den Aktivitäten des Netzwerk n finden sich auf unserer Website unter www.netzwerk-n.org

Oxfam

Oxfam vereint Menschen in aller Welt, die sich nicht damit abfinden wollen, dass es Armut und extreme Ungleichheit gibt. Als internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation unterstützen wir Frauen und Männer in armen Ländern dabei, sich eine bessere Zukunft zu schaffen. Bei Krisen und Katastrophen retten wir Leben und helfen, Existenzen wieder aufzubauen. Gemeinsam mit Menschen in Nord und Süd erheben wir unsere Stimmen, um eine Politik zu fordern, von der alle profitieren. Oxfam sieht in der Agenda 2030 eine große Chance. Wir können die erste Generation sein, die extreme Armut und Hunger abschafft, und wir werden die letzte Generation sein, die den katastrophalen Klimawandel abwenden und die Erwärmung bei maximal 1,5°C halten kann. Die Fortschritte zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele müssen spürbar, politisch und umwälzend sein. Der neue Schwerpunkt der Agenda 2030, dabei niemanden zurückzulassen und extreme Ungleichheit gezielt zu bekämpfen, ist für uns entscheidend. Dies wird aber nur gelingen, wenn die vulnerablen und marginalisierten Gruppen zielgerichtet gefördert und beteiligt werden, so dass sie von ihren Regierungen Rechenschaft einfordern und für ihre Rechte eintreten können. Gleichzeitig braucht es den Mut, Besitzstände anzutasten und machtvolle Wirtschaftsinteressen in Frage zu stellen.

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung – PBnE

Seit der erstmaligen Einsetzung 2004 übernimmt der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung (PBnE) die Aufgabe, die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) sowie die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung auf Ebene der Europäischen Union und der Vereinten Nationen parlamentarisch zu begleiten.

Der PBnE setzt sich in verschiedenen Formen für die Umsetzung der SDGs und der Ziele deutscher Nachhaltigkeitspolitik ein. Er fördert das Bewusstsein der Abgeordneten für die Bedeutung und Herausforderung der Agenda 2030 für die deutsche Politik, organisiert die regelmäßige Befassung in parlamentarischen Debatten. Er setzt mit Stellungnahmen eigene Impulse für die Weiterentwicklung der DNS im Sinne einer ambitionierten Umsetzung der SDGs durch, in und mit Deutschland und arbeitet im Rahmen seines Auftrags zur formellen Bewertung der Nachhaltigkeitsprüfung an der Stärkung der Kohärenz politischer Maßnahmen.

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung verbindet 55 Organisationen sowie 113 Einzelpersonen in Deutschland. Seit Gründung vor 20 Jahren hat sie die Institutionalisierung und Professionalisierung der zivilen Konfliktbearbeitung entscheidend gefördert. Zuletzt hat sie intensiv die Erarbeitung der Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ begleitet. Die Friedensdimension der Agenda 2030 sowie zahlreiche Bezüge zur zivilen Konfliktbearbeitung in den SDG, allen voran in SDG 16, sind aus Sicht der Plattform ZKB ein Auftrag, Frieden und zivile Konfliktbearbeitung stärker mit den anderen Politikfeldern zu verbinden und hierzu Initiativen zur Umsetzung der SDG auch in und durch Deutschland zu entwickeln. Die Plattform ZKB hat sich dafür mit Stellungnahmen und Tagungen eingesetzt und wird dieses Engagement fortsetzen. Sie sieht ihre Rolle vor allem darin, die Perspektive des Politikfeldes Friedensförderung sowie der gesellschaftlichen Friedensarbeit und die hier einschlägigen Akteure aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft in den Prozess der SDG-Umsetzung einzubinden. www.konfliktbearbeitung.net

Paritätischer Wohlfahrtsverband

Der Paritätische Wohlfahrtsverband ist einer der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Seine rund 10.500 Mitgliedsorganisationen engagieren sich in allen Bereichen der sozialen Arbeit. Der Verband setzt sich – im Bündnis mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen – von Beginn an für eine konsequente Umsetzung der SDG ein und hat dies zuletzt in seinem im Dezember 2018 verabschiedeten Positionspapier „Solidarisch, inklusiv, emanzipatorisch – paritätische Grundsätze einer umfassenden Entwicklungszusammenarbeit“ konkretisiert. Schwerpunktmäßig engagiert sich der Verband im Bereich der Armutsbekämpfung (SDG1), Bildung (SDG 4), Verringerung von Ungleichheit (SDG 10) und globale Partnerschaft (SDG 17).

Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland – EKD

Die Überschreitung planetarischer Grenzen mit allen ihren Folgen fordert auch die evangelischen Kirchen heraus, geht es doch um die Zerstörung der Schöpfung Gottes und die grundlegende Verletzung der Grundbedürfnisse vieler Menschen der gegenwärtigen wie der zukünftigen Generation.

Die Auseinandersetzung mit den Fragen einer nachhaltigen Entwicklung ist für die evangelische Kirche nicht neu. Schon in den 70 er Jahren hat z.B. der Ökumenische Rat der Kirchen herausgefordert durch den Bericht des Club of Rome eine verantwortliche und nachhaltige Gesellschaft (responsible and sustainable society) gefordert. Die EKD Synode hat analog zu den Beschlüssen der Bundesregierung 2009 Empfehlungen zur Senkung der CO 2 Emissionen beschlossen, die sich die Landeskirchen weitgehend zu Eigen gemacht haben. Dank Klimaschutzkonzepten konnte im EKD weiten Durchschnitt das erste Ziel einer Reduktion der CO Emissionen um 25 % bis 2015 in den Kirchen erreicht werden.

Seit dem 1.8.2017 hat die Evangelische Kirche in Deutschland ein neues Referat für Nachhaltigkeit eingerichtet. Im September 2018 wurde von der EKD ein Impulspapier zur Agenda 2030 als Herausforderung für die Kirchen herausgegeben. In ihm werden Erwartungen an Politik und Gesellschaft im Hinblick auf die Umsetzung der SDGs formuliert.

Der Fokus liegt jedoch auf der Frage, was in der kirchlichen Praxis (Klimaschutz, Beschaffung, ökologische Kriterien bei Verpachtung von Kirchenland, Abbau von Ungleichheiten etc.) bisher schon im Hinblick auf Nachhaltigkeit erreicht wurde und was nicht. https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/ekd_texte_130_2018.pdf

Nähere Informationen zur Arbeit des Referates und zur Relevanz der Nachhaltigkeit für die evangelischen Kirchen findet sich auch unter www.ekd.de/nachhaltigkeit.

Rat für Nachhaltige Entwicklung - RNE

Dem Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) gehören derzeit 15 Personen des öffentlichen Lebens an. Den Vorsitz führen Marlehn Thieme, Rat der Evangelischen Kirche und Präsidentin Welthungerhilfe und Olaf Tschimpke, Präsident Naturschutzbund Deutschland. Der Rat berät die Bundesregierung zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, benennt dringende Handlungsfelder und trägt vielfältig dazu bei, Nachhaltigkeit zu einem wichtigen öffentlichen Anliegen zu machen.

Inhaltlich und in seinen Aktionsformen ist der Rat unabhängig. Ergebnisse sind zum Beispiel der Deutsche Nachhaltigkeitskodex, diverse politische Stellungnahmen zu nationalen und internationalen Nachhaltigkeitspolitik und zu Themen wie Klima, Rohstoffe, Plastik, Landwirtschaft. Der RNE bringt Oberbürgermeister zum dauerhaften Dialog nachhaltige Stadt zusammen, hat den Peer Review 2018 zur deutschen Nachhaltigkeitspolitik organisiert und moderiert, er vernetzt Akteure durch die Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategie und fördert Projekte zur Alltagskultur und zum Wettbewerb der besten Lösungen in Städten und Unternehmen. Die Mitglieder des Rates werden durch eine Geschäftsstelle unter Leitung des Generalsekretärs Prof. Dr. Günther Bachmann sowie Yvonne Zwick und Bodo Richter als stellvertretende Generalsekretäre unterstützt.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration ist ein unabhängiges und von deutschen Stiftungen finanziertes wissenschaftliches Politikberatungsgremium im Feld der Integrations- und Migrationspolitik, dessen Ziel es ist, Politik in Bund, Ländern und Gemeinden, Verbände sowie die Zivilgesellschaft mit wissenschaftlich fundierten und handlungsorientierten Analysen und Empfehlungen zu begleiten. Dabei bezieht das Expertengremium zu Fragen der Migrations- und Integrationspolitik Stellung, um der politischen Debatte sachhaltige Argumente oder neue Impulse zu geben.

Der SVR unterstützt den Ansatz der Politikkohärenz der Nachhaltigkeitsstrategie, der im Bereich der Migration erkennbar notwendig ist. Für eine nachhaltige Steuerung von Migration bedarf es europäischer und internationaler Regelungsstrukturen. Darauf macht der Sachverständigenrat in seinen jährlichen Gutachten aufmerksam. Die aktuelle Forschungsagenda beinhaltet u.a. Vorschläge für die zukünftige Ausgestaltung von Resettlement Programmen und für die Eröffnung legaler Zuwanderungsmöglichkeiten. Der SVR begrüßt auch die integrationspolitischen Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie. Die chancengleiche Teilhabe aller Menschen an Bildung und Arbeitsmarkt ist aus Sicht des SVR Kern und Ausdruck nachhaltiger Integrationspolitik.

Sachverständigenrat für Umweltfragen – SRU

Der SRU ist ein wissenschaftliches Beratungsgremium der Bundesregierung. Er begleitet seit langer Zeit das Konzept der nachhaltigen Entwicklung und seine Umsetzung. Im Umweltgutachten 1996 beschrieb der Rat Ansätze zur Umsetzung des Leitbildes, im Umweltgutachten 2000 gab er Empfehlungen zur Erarbeitung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Der SRU beteiligt sich an Konsultationen der Bundesregierung zur Nachhaltigkeitsstrategie teil, zuletzt mit einer Stellungnahme zur Neuauflage der deutschen Strategie im Juli 2016.

Die SDGs und die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sind nach Ansicht des SRU zentrale Dokumente der Politikgestaltung und sollten als übergeordnete Leitlinien politischer Entscheidungen fungieren. In seinen Gutachten entwickelt der SRU Umsetzungsstrategien vor allem für die folgenden SDGs: Wasser (6), erneuerbare Energie (7), Innovation und Infrastruktur (9), Städte (11), Konsum und Produktion (12), Klimaschutz (13), Meere (14) und Land (15).

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Der Sachverständigenrat wurde 1963 mit dem Mandat eingerichtet, aus unabhängiger Expertensicht eine periodische Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland vorzulegen und damit zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie der Öffentlichkeit beizutragen. Er stellt die wirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung dar und zeigt Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder Beseitigung auf. Dabei diskutiert er verschiedene Indikatoren der Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit sowie politisch gesetzte Zielwerte, wie bspw. die Sustainable Development Goals. Zudem analysiert er den Fortschritt sowie die Chancen und Risiken der aktuellen Wirtschaftspolitik, wie bspw. der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, und zeigt mögliche Zielkonflikte auf.

Sozialverband Deutschland e.V. – SoVD

Der Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD) vertritt die sozialpolitischen Interessen der gesetzlich Sozialversicherten, der Rentnerinnen und Rentner sowie der behinderten, der kranken und der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland. Wir engagieren uns für Chancengleichheit, soziale Sicherheit und gleichberechtigte Teilhabe.

Soziale Gerechtigkeit sichert den sozialen Frieden und trägt entscheidend zur Stabilität unserer Demokratie bei. Der SoVD setzt sich deshalb für eine nachhaltige Gestaltung der Sozialpolitik in folgenden Bereichen ein:

- Rente (Rückkehr zur Lebensstandardsicherung der gesetzlichen RV),
- Gesundheit (Ausbau der solidarischen GKV und wohnortnahe Gesundheitsversorgung),
- Inklusion (Barrierefreiheit, Arbeit und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen, inklusive Bildung),
- Pflege (flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung),
- Arbeitslosigkeit (sozialversicherungspflichtige Normalarbeitsverhältnisse, soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit/Erwerbsminderung).

SDSN Germany

Das deutsche Sustainable Development Solutions Network (Lösungsnetzwerk für nachhaltige Entwicklung; SDSN Germany) wurde im April 2014 von führenden deutschen Wissensorganisationen gegründet. Im letzten Jahr hat SDSN Germany insbesondere die Rolle der SDGs in der öffentlichen Diskussion in der EU und ihren Mitgliedstaaten gestärkt und sich mit dem Thema Nachhaltigkeit und Populismus befasst. Zudem begleitet SDSN Germany den Dialog mit wissenschaftlichen Beiräten der Bundesregierung im Rahmen der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030.

Insgesamt sind in dem Netzwerk mehr als 30 führende Forschungsinstitute, Interessenverbände und Stiftungen als Mitglieder und Partner engagiert. SDSN Germany ist gemeinsam mit DKN Future Earth und dem IASS Träger der 2017 gegründeten Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 und wirkt als Mitglied der Dialoggruppe zur Vorbereitung der Treffen des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung mit.

Transparency International Deutschland e. V. – I

Transparency Deutschland begrüßt, dass die Bundesregierung den Corruption Perception Index (CPI) als einen der Nachhaltigkeitsindikatoren in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen hat. Hiermit erkennt sie die zentrale Funktion von guter Regierungsführung für nachhaltige Entwicklung an. Der Schwerpunkt zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) liegt für Transparency Deutschland auf der Förderung von Maßnahmen zu offener, inklusiver, verantwortungsvoller und wirksamer Regierungsführung, frei von Korruption und Bestechung (Unterziel 16.5). Es muss weiter daran gearbeitet werden, dass Integrität langfristig in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen wie Wirtschaft, Verwaltung, Sport und Politik gestärkt wird. Um dies zu erreichen, sind konkrete Maßnahmen international wie national erforderlich.

Die Wirksamkeit von Maßnahmen auch bzgl. der weiteren SDGs – seien es die Armutsbekämpfung, Zugang zu Gesundheit und Bildung oder Umwelt und Naturschutz – hängt entscheidend davon ab, wie stabil die entsprechenden Strukturen aufgebaut sind und inwiefern die Korruption in diesen Bereichen bekämpft wird. Daher ist es entscheidend, dass Korruptionsbekämpfung als eine Querschnittsaufgabe sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene fest verankert wird.

Verband der Chemischen Industrie e.V. – VCI

Die Agenda 2030 und die nationale Nachhaltigkeitsstrategie können nur in Partnerschaft zwischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft umgesetzt werden. Die chemisch-pharmazeutische Industrie will mit ihren technischen und sozialen Lösungen einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) leisten. Mit Chemie³ – der gemeinsam vom Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI), der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) und dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) getragenen Nachhaltigkeitsinitiative – wollen wir Nachhaltigkeit als Leitbild in der Branche verankern. Dazu hat Chemie³ im Jahr 2013 zwölf „Leitlinien zur Nachhaltigkeit für die chemische Industrie in Deutschland“ entwickelt. Darin sind wichtige Anforderungen der SDGs bereits abgebildet.

Um die Fortschritte auf dem Weg einer nachhaltigen Entwicklung transparent zu machen, hat Chemie³ 40 Fortschrittsindikatoren entwickelt, die alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit umfassen. Die Ersterhebung der Indikatoren wurde im Februar 2019 im Chemie³-Fortschrittsbericht 2018 veröffentlicht. Darin ist auch dargestellt, wie die Indikatoren mit den SDGs verknüpft sind. Aktuell arbeiten wir an einer systematischen Darstellung der Beiträge der Branche zu den SDGs.

Mehr Infos: <https://www.chemiehoch3.de>

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe – VENRO

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen in Deutschland. Dem Verband gehören über 130 Organisationen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit an. Die Agenda 2030 mit ihren 17 nachhaltigen Entwicklungszielen und die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sind für VENRO wesentliche Referenzrahmen der Arbeit. VENRO hat die Entwicklung und Erarbeitung der Agenda 2030 und der Nachhaltigkeitsstrategie aktiv begleitet und setzt sich mit vielfältigen Aktivitäten für deren Umsetzung ein, unter anderem durch das VENRO-Projekt Agenda 2030 und vielfach in Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen Verbänden und Netzwerken. Beispiele sind der jährlich erscheinende „SDG-Report“, der Herausforderungen und Aufgaben bei der Umsetzung der SDG in, mit und durch Deutschland darstellt sowie eine jährlich durchgeführte Konferenz, die sich mit verschiedenen Aspekten der Agenda 2030 befasst. Gemeinsam mit dem Forum Umwelt und Entwicklung koordiniert VENRO das Netzwerk Agenda 2030 in dem 27 zivilgesellschaftliche Verbände und Netzwerke aus unterschiedlichen Bereichen zusammenarbeiten, um die Umsetzung der Agenda 2030 voranzubringen.

Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. – vzbv

Der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv) setzt sich für eine gerechte und nachhaltige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ein, in der die Bedürfnisse der Verbraucherinnen und Verbraucher im Mittelpunkt stehen. Wir messen den Sustainable Development Goals (SDG) eine große Bedeutung bei und werden die Verbraucherinteressen auf dem Weg hin zu einer sozial-ökologischen Transformation vertreten. Hierbei liegt ein Schwerpunkt in der Verbraucherinformation bei der Umsetzung der SDGs in den Verbraucheralltag. Dabei wird es auch Zielkonflikte geben, die nur gemeinsam mit Politik und Wirtschaft gelöst werden können. Das starke Netzwerk aus Landes Verbraucherzentralen und unseren Mitgliedsorganisationen unterstützt uns dabei. Die SDGs ziehen sich durch unsere Verbandsarbeit: Vom nachhaltigen Konsum über eine kostengerechte Energiewende, nachhaltige Verkehrspolitik, bezahlbare Gesundheitsversorgung bis hin zu einer starken Rechtsdurchsetzung. Der vzbv versteht seinen Beitrag zur Erreichung der SDGs auch als notwendigen Teil präventiven Verbraucherschutzes.

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di

Für die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft haben globale Nachhaltigkeitsziele eine große Bedeutung. „Die Grenzen der natürlichen Ressourcen, die Erwärmung des Erdklimas, aber auch das Recht von Milliarden Menschen auf gleiche Teilhabe an einem guten Leben und damit am materiellen und immateriellen Wohlstand erfordern ein umweltgerechtes, Ressourcen schonendes und damit nachhaltiges Wirtschaften und eine gerechte Verteilung des erwirtschafteten Reichtums gleichermaßen. Unser Leitbild des nachhaltigen Wirtschaftens orientiert sich an klaren und für alle verbindlichen Regeln und mindert so die Risiken für Mensch und Natur. Nachhaltiges Wirtschaften verlangt Innovationen in neue umweltschonende Produkte und Dienstleistungen, aber auch eine andere Weise des Denkens und des ganzheitlichen Arbeitens, des Lebens und des Umgangs mit der Natur.“ Friedliche Konfliktlösungen, Demokratie, Verteilungsgerechtigkeit, Gute Arbeit weltweit und Mitbestimmung sind dabei für uns besonders wichtige Elemente.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen – WBGU

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) wurde 1992 als unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium eingerichtet. In Gutachten analysiert der WBGU globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme, wertet den Stand der Forschung zur global nachhaltigen Entwicklung aus, zeigt Forschungsdefizite auf und gibt Impulse für die Wissenschaft geben und im Sinne einer Frühwarnung auf neue Problemfelder hinweisen. Darüber hinaus bewertet er globale Nachhaltigkeitspolitik und entwickelt Handlungs- und Forschungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger. Durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit soll der WBGU das Bewusstsein für die Herausforderungen global nachhaltiger Entwicklung fördern. Die Agenda 2030 mit ihren Globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ist eine entscheidende Basis für die aktuelle Arbeit des WBGU, der über das Zieljahr 2030 hinausdenkt. Für den WBGU stehen die globale Transformation zur Nachhaltigkeit sowie das Konzept planetarischer Leitplanken im Mittelpunkt. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist vor allem in ihren internationalen Bezügen für den WBGU relevant.

Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030

Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030) ist ein zentraler Ort der Wissenschaft, an dem sie drängende Fragen deutscher Nachhaltigkeitspolitik diskutiert – im Austausch mit Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Wissen für Nachhaltigkeit wird dort zusammengetragen und weitergetragen, insbesondere im Hinblick auf die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS). Aktuell führt die wpn2030 eine wissenschaftliche Online-Konsultation zur Weiterentwicklung der DNS durch. Forschende aller Fachrichtungen sind aufgerufen, sich mit Kommentaren zu beteiligen. Die Beiträge fließen ein in gebündelte Empfehlung der wpn2030 zur DNS-Weiterentwicklung. Sie werden auf der ersten Jahreskonferenz der Plattform (5. / 6. Dezember 2019) an die Bundesregierung übergeben.

In Arbeitsgruppen zu den Themen Konsum, Mobilität, Zukunft der Arbeit und Global Commons entwickelt die Plattform weitere spezifische Empfehlungen. Wissenschaftlichen Austausch und Zusammenarbeit zu Nachhaltigkeitsfragen regt die wpn2030 zudem mit verschiedenen Formaten an, etwa mit dem Dialog der wissenschaftlichen Beiträge der Bundesregierung, der am 23. Mai 2019 zum zweiten Mal stattfand. Weitere Infos: www.wpn2030.de

WWF Deutschland

Der WWF hat sich von der Ideenphase vor der RIO+20-Konferenz bis zum erfolgreichen Finale auf dem UN-Gipfel 2015 in New York für die SDGs eingesetzt. Koordiniert durch WWF International brachte sich das internationale WWF-Netzwerk jeweils mit einem Team intensiv vor Ort in die Verhandlungen zu den SDGs ein. Der WWF Deutschland war an diesem Prozess maßgeblich beteiligt. Hauptpunkte des WWF waren dabei die Universalität der Ziele, die Bedeutung einer intakten Umwelt für die langfristige Erreichung fast aller SDGs sowie deren Integration und Kohärenz.

Eine Analyse der in den letzten Jahren erarbeiteten neuen internationalen WWF-Strategie zeigt eine hochgradige Übereinstimmung mit den direkten und indirekten umweltbezogenen Zielen der Agenda 2030. Eine effektive, beispielgebende Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands war aus Sicht des WWF immer von herausragender Bedeutung, im eigenen Land wie im Bereich der internationalen Umwelt- und Sozialverantwortung. Deshalb wollen wir auch weiterhin unseren Beitrag zur ständigen Verbesserung dieser Strategie leisten.

Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. – ZDH

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) vertritt die Interessen von mehr als 1 Million Handwerksbetrieben in Deutschland mit über 5,4 Millionen Beschäftigten, rund 360.000 Auszubildenden und einem Jahresumsatz von 562 Mrd. Euro. Mit der „Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz“, die der ZDH gemeinsam mit BMWi, BMU und DIHK trägt, unterstützt der ZDH Handwerksbetriebe sich energieeffizient und klimaschonend aufzustellen.

Generell ist der Großteil der handwerklichen Dienstleistungen nachhaltig. So fördern Handwerksbetriebe den Ressourcenschutz bereits dadurch, dass sich ihre Produkte u. a. durch Langlebigkeit und Reparaturfreundlichkeit auszeichnen. Auch die Einbindung in die regionalen Wirtschaftskreisläufe ist für Handwerksbetriebe von besonderer Bedeutung. Das Handwerk ist mit der jeweiligen Region eng verbunden und engagiert sich in verschiedensten Initiativen vor Ort, setzt sich für die Integration von Geflüchteten ein und beteiligt sich an der Kommunalpolitik. Zudem trägt es mit seinen Steuern zur Stärkung des ländlichen Raumes bei. Gerade die häufig kleinteiligen Betriebsstrukturen lassen eine persönliche und durch Nähe geprägte Arbeitsatmosphäre zu. Durch die überschaubaren Strukturen ist eine direkte Mitarbeitsbeteiligung und Transparenz für die Beschäftigten auch ohne komplexe Managementsysteme möglich. Des Weiteren wird Gleichberechtigung im Handwerk in vielfältiger Weise gelebt. Eine besondere Rolle spielen dabei u. a. die Unternehmerfrauen im Handwerk. Zahlreiche Konzepte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie flexible Arbeitszeitmodelle, sind im Handwerk weit verbreitete Praxis.

Das Handwerk trägt somit in vielfältiger Weise, seit jeher, zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung bei.

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. – ZWST

Die ZWST vertritt auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt die jüdischen Landesverbände, die jüdischen Gemeinden und den jüdischen Frauenbund. Sie bildet den Zusammenschluss der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland und ist ihre Dachorganisation im sozialen Bereich. Die ZWST ist Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW). Als kleinster der sechs Wohlfahrtsverbände der BAGFW und der damit einhergehenden Zentralisierung der Angebote der ZWST bedarf es seit Jahrzehnten einer wirkungsorientierten Planung und Steuerung von Aktivitäten und Projekten. Handlungsmaxime ist dabei stets, soziale Lebenslagen, Handlungsfähigkeiten und Identitäten ihrer Zielgruppen im Sinne eines nachhaltigen Empowerment zu stärken. Die ZWST teilt die Auffassung, dass Nachhaltigkeit ein Kernelement im Selbstverständnis der Freien Wohlfahrtspflege darstellt. Die ZWST hat sich zum Ziel gesetzt, die Wirkungsziele ihrer Handlungsfelder stärker innerverbandlich, aber auch in der Öffentlichkeit zu verankern.

Länder

Baden-Württemberg

Die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg wurde im März 2007 unter ins Leben gerufen und wurde seither immer wieder strukturell weiterentwickelt. Am 13.04.2018 hat der Ministerrat des Landes Baden-Württemberg beschlossen die globalen Nachhaltigkeitsziele der VN der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg zugrunde zu legen. Heute verfügt die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg über ein auf Langfristigkeit ausgerichtetes Steuer- und Controlling-System für alle Politikbereiche des Landes. Damit liegt erstmalig ein Überblick über die Ausrichtung der gesamten Landespolitik an den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung vor. Auf Beschluss des Ministerrats sollen diese Elemente in den kommenden Jahren weiterentwickelt und durch neue Themen und Strukturelemente ergänzt werden.

Brandenburg

Die Landesregierung hat 2014 die Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg beschlossen. Die vom Kabinett am 21. Mai 2019 beschlossene Fortschreibung orientiert sich an den 17 SDGs, benennt für Brandenburg 32 Landesziele und legt dar, in welcher Weise die praktische Umsetzung erfolgt.

Webseite: <https://mlul.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.280665.de>;

Ansprechpartner: Dr. Martin Pohlmann und Johannes Lobinger

E-Mail: Nachhaltigkeitsstrategie@MLUL.Brandenburg.de

Hamburg

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat im Juli 2017 eine Strategie beschlossen, wie die Nachhaltigkeitsziele der „Agenda 2030“ in Hamburg erreicht werden sollen (Senats-Drs. 21/9700). Die Schwerpunktbereiche sind: Umweltschutz und Stadtentwicklung, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Teilhabe und sozialer Zusammenhalt sowie Bildung und Wissenschaft. Folgende Querschnittsthemen sollen dabei immer berücksichtigt werden: globale Verantwortung, Gleichstellung, Korruptionsbekämpfung, Kultur und Digitalisierung.

Eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe Nachhaltigkeit unter Koordination der Stabsstelle Nachhaltigkeit in der Behörde für Umwelt und Energie bündelt die Umsetzung. Aktuell wichtige Schritte:

- Einrichtung des Nachhaltigkeitsforums als begleitendes zivilgesellschaftliches Gremium mit ca. 30 Mitgliedsorganisationen
- Entwicklung einer Checkliste Nachhaltigkeit für wichtige Projekte/ Strategien der Stadt, um in frühen Entwicklungs- und Konzipierungsphasen nachhaltigkeitsrelevante Aspekte zu integrieren
- Entwicklung des Instruments „Comply or Explain“ als Regel für Kommunikation und Feedback zwischen Verwaltung und Nachhaltigkeitsforum
- Entwicklung eines Monitoring Systems sowie eines Reportingsystems aus Zielen und Indikatoren zur Messung der Zielerreichung sowie als Basis für einen faktenbasierten Diskurs
- Umsetzung von Projekten (u.a. Mobilitätslabor, nachhaltige Beschaffung, Masterplan Bildung für Nachhaltigkeit, nachhaltige Veranstaltungen, internationale Partnerschaften, nachhaltige Quartiersentwicklung)

Mehr Informationen: <https://www.hamburg.de/agenda2030/>

Niedersachsen

Die Niedersächsische Landesregierung hat eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet, die Handlungsschwerpunkte nennt und Ziele formuliert. Die Strategie wurde im Mai 2017 vom Kabinett beschlossen. Bis Ende 2019 soll dazu ein bilanzierender Fortschrittsbericht erarbeitet werden. Die niedersächsische Nachhaltigkeitsstrategie fügt sich in den Rahmen ein, der durch die Agenda 2030 der Vereinten Nationen (UN) für nachhaltige Entwicklung sowie die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie vorgegeben ist. Alle im Weiteren als für Niedersachsen nachhaltigkeitsrelevant bestimmten Handlungsfelder und -ziele sowie Indikatoren stellen landesbezogene Konkretisierungen der Sustainable Development Goals (SDGs) dar und lassen sich in deren Systematik einordnen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die SDGs aufgrund ihres völkerrechtlichen Charakters für eine Landesstrategie weniger als ein festes Zielschema sondern vielmehr als regional zu gewichtende und zu akzentuierende Orientierungsgrößen zu verstehen sind.

Nordrhein-Westfalen

Die Landesregierung plant, die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie, deren erste Fassung im Juni 2016 verabschiedet wurde, im Jahr 2019 weiterzuentwickeln. Dabei soll die Kompatibilität der NRW-Strategie mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie - Neuauflage 2016 - der Bundesregierung weiter verbessert werden, u.a. durch eine Anpassung des Ziel- und Indikatoren Systems. Wie bisher soll die Strategie auch einen Beitrag zur Umsetzung der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals (SDGs) in NRW sein.

Ein Schwerpunkt in der Umsetzung der aktuellen Strategie ist der Bereich nachhaltige Finanzen, wo NRW mit der im März 2019 emittierten 5. NRW-Nachhaltigkeitsanleihe (www.nachhaltigkeitsanleihe.nrw.de) und der im Jahr 2017 erfolgten Einführung von Nachhaltigkeitskriterien für den 12 Mrd. Euro starken Pensionsfonds des Landes starke Akzente gesetzt hat. Ein nächster Nachhaltigkeitsindikatorenbericht soll ebenfalls 2019 vorgelegt werden. Auf www.nachhaltigkeitsindikatoren.nrw.de gibt es eine laufend aktualisierte Online-Indikatorenberichterstattung.

Weitere thematische Schwerpunkte liegen in den Bereichen Bildung für nachhaltige Entwicklung, wo das Förderprogramm für BNE-Regionalzentren im ganzen Land ausgebaut worden ist, sowie Klimaschutz. Hier wurde u.a. eine neue Industrie- und Innovations-Initiative IN4climate (www.in4climate.nrw) gestartet und die Förderung der E-Mobilität ausgebaut. Das KlimaschutzG NRW soll in 2019 weiterentwickelt werden. Weitere Informationen: NRW-Nachhaltigkeitsportal www.nachhaltigkeit.nrw.de BNE-Portal www.bne.nrw.de Klimaschutz-Portal www.klimaschutz.nrw.de

Rheinland-Pfalz

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau ist das federführende Ressort für die Nachhaltigkeitsstrategie Rheinland-Pfalz, die ein zentrales Element für die Umsetzung der Agenda 2030 im Land darstellt.

Die Nachhaltigkeitsstrategie Rheinland-Pfalz wurde 2001 erstmals vorgelegt, seither regelmäßig fortgeschrieben und mit dem Beschluss der Vereinten Nationen zur Agenda 2030 auf die Sustainable Development Goals (SDGs) bezogen. Mit der anstehenden Fortschreibung 2019 soll die Kompatibilität mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie weiter verbessert und deutlicher herausgestellt werden.

Ein wichtiges Instrument für die Umsetzung ist das Klimaschutzgesetz des Landes mit dem Klimaschutzkonzept, das ebenfalls gerade fortgeschrieben wird und eine Fülle konkreter Maßnahmen enthält, die dem Erreichen der Klimaziele des Landes dienen. Neben Klimaschutz spielt unter anderem Biodiversität, Energie- und Ressourcenproduktivität, aber auch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Beschaffung eine wichtige Rolle in der rheinland-pfälzischen Nachhaltigkeitsstrategie.

Weitere Informationen: www.nachhaltigkeit.rlp.de

Sachsen

Das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft ist das federführende Ressort für die Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategie des Freistaates Sachsen 2018. Nachhaltige Entwicklung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gilt als politisches Leitbild für eine zukunftssichernde Entwicklung. Hierzu erfolgt - unter Beachtung aktueller Herausforderungen (Demografie, Globalisierung, Digitalisierung) - eine enge Verzahnung zwischen allen 17 Zielen der Agenda 2030 und den neun Handlungsfelder der Staatsregierung (u. a. Bildung, Öffentliche Finanzen, Städte und ländlicher Raum, Gesundheit, Entwicklungszusammenarbeit, ...). Prioritäten, fachliche Zielstellungen und die Umsetzung obliegen für die Ebene des Freistaates den jeweiligen Fachressorts. Schwerpunkte gegenwärtiger Aktivitäten sind u.a. Bildung für nachhaltige Entwicklung, Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit oder die Förderung regionaler Akteure und Netzwerke im Bereich regionaler und lokaler Nachhaltigkeit.

Sachsen-Anhalt

Nach Beschlussfassung zur Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt am 7. Mai 2019 ist der Prozess der Umsetzung der Inhalte gestartet worden. Als nächste erste Schritte stehen noch 2019 eine Initiative gegen die Lebensmittelverschwendung (Umsetzung durch Umweltministerium), die Schaffung von Strukturen zur Einführung einer nachhaltigen Beschaffung der Landesverwaltung (alle Ressorts) und die Umsetzung von Maßnahmen des Klima- und Energiekonzeptes (KEK) zur Erreichung der CO₂-Ziele 2020 und 2030.

Damit im Zusammenhang ist in Prüfung inwieweit eine klimaneutrale Verwaltung und E-Mobilität der Landesverwaltung möglichst kurzfristige Beiträge leisten kann. Bereits im Koalitionsvertrag von 2016 wurde eine nachhaltige Finanzpolitik vereinbart.

Städte und Gemeinden

Deutschen Städte- und Gemeindebundes – DStGB

Der DStGB setzt sich für die kommunale Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der Agenda 2030 ein. Dafür organisiert der Verband Veranstaltungen zur kommunalen Umsetzung der Agenda 2030, stellt den Kommunen Material für die Umsetzung und Bewerbung der Agenda zur Verfügung und tritt für die Bekanntmachung der Agenda ein.

Der DStGB vertritt die Position, dass die Agenda 2030 nur zusammen mit den Kommunen umgesetzt werden kann. Die Kommunen beschäftigen sich schon heute in vielfältiger Art und Weise mit den Zielen der Agenda 2030. Neben SDG 11 haben auch alle anderen Ziele eine kommunale Relevanz und betreffen kommunale Aufgabenfelder. Damit die kommunale Umsetzung gelingen kann, sieht der DStGB Verbesserungspotential bei der Förderung der Agenda 2030. Derzeit wird die Umsetzung der Agenda 2030 über eine Vielzahl von Stellen gefördert, was eine ganzheitliche Umsetzung erschwert. Da die 17 Ziele untrennbar miteinander verbunden sind und einander bedingen, ist zusätzlich zu einzelnen Maßnahmen, die einzelne Ziele fördern, eine finanziell gut ausgestattete Förderstelle nötig, die die Agenda 2030 im Blick hat.

Deutscher Städtetag

Der Deutsche Städtetag (DST) hat sich zum Ziel gesetzt, die Agenda 2030 in seine Mitgliedschaft zu tragen. Nur einen Tag nach der Veröffentlichung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen Ende September 2015 hat der DST mit dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas die Musterresolution „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“, auf den Weg gebracht. Sie ermutigt die Agenda 2030 der VN auf kommunaler Ebene umzusetzen. Die Resolution ist inzwischen von 113 Kommunen unterzeichnet worden.

Auf Initiative des Deutschen Städtetages wurde mit verschiedenen Partnern Anfang 2017 das Projekt „SDG-Indikatoren für Kommunen“ begonnen. Auf dieser Basis wurde 2018 eine app-ähnliche Website für Kommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern entwickelt. Unter: www.sdg-portal.de ermöglicht das Portal einen einfachen und schnellen Zugriff auf alle Nachhaltigkeitsindikatoren, die mit den 17 Nachhaltigkeitszielen der VN verbunden sind. Jeder Nutzer kann sich die verfügbaren SDG-Daten im Zeitvergleich und im Vergleich mit einer anderen Kommune anzeigen lassen.